



**Positionspapier**

**Bereit für eine bessere Welt**

**MISEREOR Positionen  
zur Bundestagswahl 2021**

**MISEREOR**  
● IHR HILFSWERK

**F**ortschreitender Klimawandel, wachsender Hunger, extreme Armut, die weltweite Corona-Pandemie und ihre Folgen, Konflikte und Kriege, Flucht und Migration und die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft: **Die Herausforderungen, vor denen die kommende Bundesregierung steht, sind vielfältig, komplex, eng miteinander verwoben – und global** oder, um es mit den Worten von Papst Franziskus auszudrücken: *„Die dringende Herausforderung, unser gemeinsames Haus zu schützen, schließt die Sorge ein, die gesamte Menschheitsfamilie in der Suche nach einer nachhaltigen und ganzheitlichen Entwicklung zu vereinen, denn wir wissen, dass sich die Dinge ändern können.“* (Laudato Si 13)

Die Pandemie hat die strukturellen Schwächen in vielen Bereichen zutage gefördert. Sie hat gezeigt, wie groß die Ungleichheiten national und weltweit sind. Die Corona-Krise ist nicht nur eine gesundheitliche, sondern auch eine politische Krise. Covid 19 hat uns vor Augen geführt, wie verletzlich wir sind – aber auch, wie schnell wir Dinge anpacken und ändern können.

**Die Veränderungen während und nach der Pandemie bieten die Chance, bessere, zukunftsfähige Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Miteinander zu schaffen** und für deren Einhaltung Sorge zu tragen. Eine einfache „Rückkehr zur Normalität“ hieße, die Augen vor diesen Defiziten und ihren Ursachen zu verschließen – und damit den Boden für künftige Krisen zu bereiten. Die kommende Bundesregierung steht in der Verantwortung, aus dieser Krise Lehren zu ziehen und unser gesellschaftliches System sozial gerechter, an unsere planetaren Grenzen angepasst, gemeinwohlorientiert und widerstandsfähig zu gestalten.

**MISEREOR erwartet**

**von der kommenden Bundesregierung**

**in allen Politikfeldern ...**

### **1. ... eine klare Orientierung an den UN-Nachhaltigkeitszielen.**

Mit der Verabschiedung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung hat die Weltgemeinschaft zugesagt, die sozialen, ökologischen und politischen Verhältnisse auf der Erde zu verbessern, das Auseinanderdriften in immer reichere und ärmere Bevölkerungsgruppen und Länder zu stoppen. Alle Staatslenker/-innen müssen ihre Politik stärker an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit ausrichten. Dies ist eine Selbstverpflichtung zum sozial-ökologischen Wandel, die Menschenrechte sind dabei Ziel und Begründung gleichermaßen.

MISEREOR appelliert an die Bundesregierung, dem Versprechen entsprechend der Agenda 2030 solidarisch an der Seite der Armen und Schutzlosen zu stehen – in Deutschland, in der EU und weltweit. Das Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung in ihren drei Dimensionen – der ökologischen, der sozialen und der wirtschaftlichen – sowie eine stärkere Berücksichtigung der kulturellen Dimension muss in allen politischen Feldern und Entscheidungen sicht- und spürbar werden.

### **2. ... Generationengerechtigkeit und einen Planungshorizont, der über die Legislaturperiode hinausgeht.**

Die kommende Bundesregierung darf nicht nur die Probleme von heute lösen. Sie muss jetzt Weichen stellen für die Herausforderungen von morgen. Voraussetzung dafür ist die Einbindung aller Bevölkerungsgruppen weltweit und aller Generationen.

MISEREOR appelliert an die Bundesregierung, aus der Corona-Pandemie zu lernen, wissenschaftliche Warnungen ernst zu nehmen, präventive Möglichkeiten voll auszuschöpfen und konkrete Maßnahmen im Hier und Jetzt umzusetzen.

### **3. ...beim sozial-ökologischen Wandel mit gutem Beispiel voran zu gehen.**

Deutschland muss im eigenen Land – im Kontext „Green Recovery“ und darüber hinaus – die Weichen stellen in Richtung einer nachhaltigen,

sozial gerechten, gemeinwohlorientierten und wirtschaftlich stabilen Zukunft. Dabei nimmt Deutschland international eine Vorreiterrolle ein und stärkt so seine Glaubwürdigkeit in bi- und multilateralen Verhandlungen.

MISEREOR appelliert an die Bundesregierung, im Rahmen der EU und der Vereinten Nationen Verantwortung zu übernehmen und ihren Teil dazu beizutragen, den Multilateralismus finanziell und politisch zu stärken, um den sozial-ökologischen Wandel international voranzubringen.

#### **4. ...Teilhabe zu ermöglichen und Partizipationsmöglichkeiten für Bürger/-innen und die Zivilgesellschaft auszuweiten.**

Allen Menschen muss – unabhängig von Religionszugehörigkeit, Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität oder sozialem Hintergrund – Teilhabe an wirtschaftlichem Wohlstand, gesellschaftlichem Fortschritt und kultureller Entwicklung möglich sein.

MISEREOR appelliert an die Bundesregierung, Strukturen und Prozesse bereitzustellen, damit weltweit zivilgesellschaftliche Organisationen und alle Bürger/-innen aktiv die Politik mitgestalten können und ihre Anliegen umgesetzt werden.

### **Konkreter und dringender**

### **Handlungsbedarf besteht aus Sicht**

### **von MISEREOR insbesondere**

### **in folgenden Feldern:**

#### **I. Klimaschutz für alle Menschen**

Die Klimakrise ist die größte Herausforderung der Gegenwart. Die Menschen in den Ländern des Globalen Südens leiden schon jetzt unter den katastrophalen Folgen des Klimawandels, obwohl sie am wenigsten dazu beigetragen haben. Aber auch in Deutschland stellen Hitzewellen, Dürren oder Starkregenereignisse mittlerweile ein ernsthaftes Risiko für Mensch, Natur und Wirtschaft dar. Die Bundesregierung muss alle Entscheidungen am Pariser Klimaabkommen und der 1,5-Grad-Grenze ausrichten. Das bedeutet: Die Treibhausgasemissionen müssen schnell und radikal auf nahe Null gesenkt werden – der faire Beitrag Deutschlands für das 1,5 Grad Ziel würde laut Sachverständigenrat für Klimafragen eine Klima-

neutralität bis 2035 bedeuten. Zudem sollte Deutschland sich in höherem Maß an der Klimafinanzierung weltweit beteiligen.

### **MISEREOR fordert konkret ...**

- **globale Verantwortung beim Klimaschutz**
  - **Verdoppelung der Haushaltsmittel zur internationalen Klimafinanzierung**
  - **Launch eines internationalen Fonds für „Loss and Damage“ Finanzierung**

Deutschland sollte in der neuen Legislatur eine abermalige Verdoppelung der Haushaltsmittel für die internationale Klimafinanzierung umsetzen und jährlich acht Milliarden Euro Haushaltsmittel bis 2025 beitragen. Dabei ist ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Anpassung, „Loss and Damage“ und Klimaschutz anzustreben. Besonders von der Klimakrise betroffene Länder und vulnerable Bevölkerungsgruppen sind vorrangig zu berücksichtigen. Die derzeit noch häufige Vergabe der Klimamittel als Kredit ist der Verantwortung Deutschlands für die Klimakrise und dessen Folgen nicht angemessen. Für den Zugang zu Energie in ärmeren Volkswirtschaften sowie für Anpassung und den Ausgleich von klimabedingten Schäden und Verlusten bedarf es Zuschüsse statt Kredite sowie flexible Wege außerhalb der Klimafinanzierung, wie etwa ein Schuldenerlass für besonders verwundbare Staaten. Die Förderung klimafreundlicher Land- und Forstwirtschaft im Globalen Süden rechtfertigt aber keine europäischen Emissionen.

- **Energie- und Mobilitätswende in Deutschland**
  - **Beschleunigter Ausbau erneuerbarer Energien in Deutschland und im Globalen Süden**
  - **Halbierung des Endenergieverbrauchs bis 2050**
  - **Bessere Rahmenbedingungen für klimafreundliche Mobilität**

Erneuerbare Energien und Effizienzsteigerungen sind die Basis für ein dezentrales, naturverträgliches und damit zukunftsfähiges Energiesystem, international und auch in Deutschland. Die Bundesregierung muss den Zubau von erneuerbaren Energien beschleunigen mit dem Ziel, bis

2030 einen Anteil von mindestens 75 Prozent am erwartbar steigenden Bruttostromverbrauch zu erreichen. Parallel dazu muss der deutsche Endenergieverbrauch bis Mitte des Jahrhunderts mindestens um die Hälfte reduziert werden und die Effizienz der Energienutzung weiter steigen.

Der Verkehrssektor verursacht knapp ein Fünftel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland. Weltweit liegt der Anteil sogar bei etwa 23 Prozent. Damit der Treibhausgasausstoß hier entsprechend der Orientierung an der 1,5 °C-Grenze sinkt, ist eine zügige Abkehr vom Verbrennungsmotor sowie der rasche Umstieg in andere Mobilitätskonzepte nötig.

- **Mit marktwirtschaftlichen Instrumenten sozial-ökologische Anreize setzen**

- **Konsequenter Abbau umweltschädlicher Subventionen bis 2025**
- **Ein an Schadenskosten orientierter CO<sub>2</sub>-Preis**

Insbesondere der Verkehrssektor profitiert von milliarden schweren umweltschädlichen Subventionen, die die sozial-ökologische Transformation behindern. Das Dienstwagenprivileg, die Entfernungspauschale und die Steuervergünstigung für Diesel müssen abgebaut werden. Pendeln mit klimafreundlichen Verkehrsmitteln muss gegenüber dem motorisierten Individualverkehr bessergestellt werden.

Der Anstiegspfad für den CO<sub>2</sub>-Preis sollte sich an den vom Umweltbundesamt konservativ errechneten Schadenskosten in Höhe von 205 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> orientieren, um eine ausreichende ökologische Lenkungswirkung zu entfalten und Planungssicherheit für alle Akteurinnen und Akteure zu bieten. Um die Sozialverträglichkeit der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu gewährleisten, ist die Einrichtung eines aufkommensneutralen und transparenten Ausgleichsmechanismus\* dringend geboten. Die Verwendung der Einnahmen muss der Förderung von Effizienz, Suffizienz und der Entwicklung klimafreundlicher Technologien dienen.

- **Eine Landwirtschaft, die dem Wohl von Menschen, Tieren und Umwelt dient**

- **Umbau Nutztierhaltung / Verringerung Tierbestände**
- **Ökolandbau ausbauen**
- **Erarbeitung einer nationalen Ernährungsstrategie**

- **Exportverbot von Pestiziden, die in der EU nicht genehmigt sind**

Die Emissionen aus der Tierhaltung machen einschließlich der Futtermittelproduktion rund 70 Prozent aller landwirtschaftlichen Treibhausgasemissionen aus. Die Produktion der Futtermittel in unseren Partnerländern befeuert Landraub und Umweltzerstörung. Es braucht einen Umbau der Nutztierhaltung mit einer deutlichen Verringerung der Tierbestände. Dafür müssen der inländische Konsum und der Export tierischer Lebensmittel erheblich reduziert werden.

Der Ökolandbau ist als klimafreundliches Anbausystem konsequent auszubauen und sollte in der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit höchste Priorität genießen. In Deutschland ist sein Anteil bis 2030 auf mindestens 20 Prozent zu erhöhen. Zur weiteren Senkung der THG-Emissionen muss sich die Regierung dafür einsetzen, den Stickstoffeinsatz zu reduzieren, Dauergrünland auszuweiten und den Humusaufbau zur CO<sub>2</sub>-Bindung zu fördern. Natürliche CO<sub>2</sub>-Senken müssen so erhalten und ausgebaut werden. Dies stellt keinen Ersatz für die ambitionierten Senkungen der Emissionen in anderen Sektoren dar.

Die heute vorherrschenden Ernährungsgewohnheiten heizen nicht nur das Klima, sondern auch die Ausbreitung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen und Diabetes an. Um Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung gemeinsam zu stärken, braucht Deutschland eine nachhaltige nationale Ernährungsstrategie.

Die deutsche Regierung muss auf Grundlage des Pflanzenschutzmittelgesetzes eine Verordnung erlassen, die den Export von Pestizidwirkstoffen verbietet, die in der EU nicht genehmigt sind. Außerdem muss sich die Regierung auf globaler Ebene für ein weltweites Verbot von hochgefährlichen Pestiziden einsetzen.

## **II. Soziale Gerechtigkeit für alle Menschen**

Obwohl die Ungleichheit gemessen am Pro-Kopf-Einkommen in den vergangenen Jahrzehnten global gesehen abgenommen hat, geht die Schere zwischen Arm und Reich innerhalb vieler Länder immer noch weit auseinander. Zu viele Menschen werden vom Wohlstand abgehängt. Dieser Missstand ist vielfach die Folge einer verfehlten Politik,

Steuerflucht, Korruption und fehlender Rechtsstaatlichkeit. Wenn bestehende Verteilungsmechanismen nicht mehr ausreichen, dann muss soziale Gerechtigkeit neu ausbuchstabiert werden.

MISEREOR appelliert an die kommende Bundesregierung, Mut zu beweisen und neue Antworten zu suchen. Soziale Gerechtigkeit ist auch deswegen ein zentraler Faktor für die Entwicklungszusammenarbeit, weil sie Armutsbekämpfung und Klimaschutz zusammenführt. Das eine darf nicht gegen das andere ausgespielt werden. *„Es gibt nicht zwei Krisen nebeneinander, eine der Umwelt und eine der Gesellschaft, sondern eine einzige und komplexe sozio-ökologische Krise. Die Wege zur Lösung erfordern einen ganzheitlichen Zugang, um die Armut zu bekämpfen, den Ausgeschlossenen ihre Würde zurückzugeben und sich zugleich um die Natur zu kümmern.“* (Laudato Si 139)

### MISEREOR fordert konkret ...

#### ● **Gesundheitssysteme und soziale Daseinsvorsorge stärken**

- **Gesundheitssysteme weltweit stärken**
- **Weltweit für alle Menschen den Zugang zu Impfstoffen ermöglichen**

Die Corona-Krise hat die seit langem vorhandenen Probleme des Gesundheitssektors auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene deutlich gemacht. Um zukünftige globale Gesundheitskrisen zu bewältigen, müssen öffentliche Gesundheitssysteme weltweit gestärkt und (wieder) aufgebaut werden. Die Bundesregierung sollte ihre diesbezüglichen Maßnahmen fortführen und ausbauen. Dazu gehört zwingend auch, die Basisgesundheitsversorgung zu stärken und strukturelle Fehler eines auf Privatisierung und Gewinnstreben orientierten Gesundheitswesens – weltweit – zu korrigieren sowie soziale Sicherungssysteme auf- bzw. auszubauen.

Alle Menschen brauchen und haben das Recht auf diskriminierungsfreien Zugang zu Diensten und Einrichtungen der gesundheitlichen Versorgung. Von den weltweit verfügbaren Corona-Impfdosen im Frühling hatten sich nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO zehn Länder der Erde 76 Prozent gesichert. Aber die Pandemiebekämpfung funktioniert nur in internationaler

und solidarischer Kooperation. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass auch die Länder des Globalen Südens ausreichend Zugang zu Impfstoffen wie auch zu Tests und Medikamenten haben. Eine befristete Aussetzung von Patentrechten wäre ein wichtiger Beitrag, um die Kapazitäten zur Impfstoffproduktion zu erhöhen.

#### ● **Flucht und Migration**

- **Flüchtlinge und Migranten menschenwürdig unterstützen**
- **Legale Migrationswege**
- **Unterstützung der Leistungen vor Ort**
- **Prävention: Gewalt verhindern und gute Regierungsführung fördern**

Mitte 2020 waren weltweit über 80 Millionen Menschen auf der Flucht vor Krieg, Konflikten und Verfolgung. Die meisten fliehen innerhalb ihres Landes, 85 Prozent der Flüchtenden leben in sogenannten Entwicklungsländern.

Die Verteidigung der rechtlichen Standards zum Asylschutz und der Menschenrechte der Betroffenen muss Leitlinie der Flüchtlingspolitik national wie international sein. Menschenwürdige Unterbringung, Zugang zu Basisdienstleistungen und faire Verfahren durch die EU-Staaten werden gegenüber allen Schutzsuchenden garantiert.

Die Bundesregierung muss weitere legale Migrationswege einrichten – einerseits über einen Ausbau humanitärer Kontingente, andererseits über weitere Zugangswege wie Visaerleichterungen, Ausbildungspartnerschaften und Modelle zirkulärer Migration.

Die Leistung der Staaten und Organisationen, die vor Ort im Bereich Vertreibung und Migration die Hauptlast tragen, muss finanziell und politisch in voller Wertschätzung begleitet werden.

Im Bereich Migration durch Klimawandelfolgen braucht es eine internationale Unterstützung regionaler Mechanismen, die die Betroffenen einbinden. Es braucht klare Kriterien, wann Regionen unbewohnbar sind und welche Schutzmechanismen dann greifen. Umsiedlungen sollten das letzte Mittel sein. Besondere Beachtung muss dabei auch auf den Rechten von indigenen Gruppen liegen.

Die Bundesregierung muss die Mittel der zivilen Krisenprävention stärken und der Friedensförderung vor Ort deutlich ausweiten. Militärische

Einsätze sollten als Ultima Ratio in eine politische Gesamtstrategie eingebettet sein.

Zudem besteht ein erhöhter Bedarf an Politikkohärenz, um die strukturellen Ursachen von Konflikten zu bearbeiten und Gewalt vorzubeugen. Dafür sind Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und faire Wirtschaftsstrukturen entscheidende Voraussetzungen.

MISEREORs Ansatz im Bereich Migration und Flucht fügt sich dabei in die Orientierung des Vatikans ein, die unmittelbar Betroffenen in den Mittelpunkt der Arbeit zu stellen – entlang der übergeordneten Perspektive der Solidarität, die Papst Franziskus in den vier Verben aufnehmen, schützen, fördern und integrieren bündelt.

### ● **Sozial und ökologisch gerechte Städte und das Recht auf Wohnen**

- **Gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung gegen Immobilienspekulation**
- **Wohnrechte weltweit: Schutz für in informellen Siedlungen Lebende und Mieter/-innen**
- **Urbane Klimagerechtigkeit in Nord und Süd**

Schon jetzt lebt mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, oftmals in beengten oder menschenunwürdigen Unterkünften. Der Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum in der Stadt bleibt immer mehr Menschen in Deutschland und weltweit verwehrt. Die Corona-Krise hat zuletzt verstärkt sichtbar gemacht, wie wichtig ein würdiges „Zu-Hause“ ist – für jeden Einzelnen sowie für die Gesundheit aller Menschen.

Jeder hat das Recht auf Wohnen – egal ob in Berlin, Mumbai oder Nairobi. Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich als zentraler Akteur für eine soziale, gemeinwohlorientierte und nachhaltige Stadtentwicklungspolitik einsetzt. Die Bundesregierung muss mit geeigneten Maßnahmen den Ursachen der internationalen Wohnungskrise entgegenwirken. Das Recht auf Wohnen soll zur Leitlinie staatlicher Wohnungspolitik werden. Damit kann die Bundesregierung auch international ein Zeichen setzen. Mieter/-innen müssen ebenso Schutz erfahren wie alle in informellen und unsicheren Wohnverhältnissen lebenden Menschen. Vertreibungen sind als schwere Verletzung des Menschenrechts auf Wohnen international zu ächten.

Die zunehmende Bevölkerung, die in informellen Siedlungen der großen Städte wohnt, ist von den immer drastischeren Folgen der Klimakrise besonders stark betroffen. Die Bundesregierung muss darauf hinwirken, dass menschenrechtsbasierte Schutzmaßnahmen für die Betroffenen umgesetzt werden und weder Klimaschutz noch Klimaanpassung als Vorwand für Vertreibungen dienen. Städte und Kommunen im Globalen Süden sowie in Deutschland und Europa müssen dafür durch die Bundespolitik Unterstützung erfahren. Dazu zählt nicht zuletzt eine weltweite, gezielte Förderung klimagerechter Bauweisen.

### **III. Wirtschaftspolitik für alle Menschen**

Die Wirtschaft muss den Menschen dienen, nicht die Menschen der Wirtschaft. Es ist an der Zeit, Wege des Wirtschaftens einzuschlagen, die sich nicht an der Maximierung von Produktion, Konsum und Gewinn orientieren, sondern am Weltgemeinwohl und der Bewahrung der Schöpfung. Auch die Wirtschaftspolitik muss die soziale Spaltung in den Gesellschaften überwinden statt sie zu vertiefen, und gleichzeitig die planetarischen Grenzen achten.

MISEREOR fordert daher von der kommenden Bundesregierung eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik, die in den Ländern des Globalen Südens zur Überwindung der Armut, zum ökologischen Wandel und zur Friedenssicherung beiträgt.

### ● **Für eine grundsätzliche wirtschaftliche Sorgfaltspflicht**

- **Lieferkettengesetze in Deutschland, der EU und weltweit**
- **Reform der EU-Handels- und Investitionspolitik**
- **Neue Rohstoffstrategie**
- **Minimierung des Exports von Rüstungsgütern**

Die Achtung von Menschenrechten und Umweltstandards muss in globalen Lieferketten Vorrang haben vor kurzfristigen Gewinnen. Um die bisherigen Lücken beim Menschenrechts- und Umweltschutz zu schließen, sollte die kommende Regierung das deutsche Lieferkettengesetz nachbessern, sich für eine ambitionierte EU-Gesetzgebung und für ein UN-Abkommen zu Wirtschaft und Menschenrechten einsetzen. Unternehmen müssen Risiken in der gesamten Wertschöpfungskette in

den Blick nehmen und für Schäden haften, die sie im Ausland verursachen. Auch die Umweltstandards müssen umfassend berücksichtigt werden.

Die kommende Bundesregierung sollte eine grundlegende Reform der EU-Handels- und Investitionspolitik vorantreiben, die dem Schutz des Klimas, der Umwelt, der Menschenrechte und der Arbeitsrechte Vorrang vor privaten Geschäftsinteressen einräumt. Auch das geplante Handelsabkommen der EU mit dem Mercosur sollte in diesem Sinne grundlegend neuverhandelt werden.

Handelspolitik soll die sozial-ökologische Transformation der globalen Wirtschaft befördern statt sie zu behindern. Das gilt auch für die deutsche und europäische Rohstoffpolitik. Rohstoffe für die Mobilitäts- und Energiewende müssen menschen- und naturverträglich gefördert und wiederverwendet werden. Außerdem muss der deutsche Rohstoffverbrauch insgesamt auf ein nachhaltiges Maß reduziert werden. Dafür ist es notwendig, dass die kommende Bundesregierung eine neue Rohstoffstrategie entwickelt, welche auf eine absolute Minderung des Rohstoffverbrauchs, eine Steigerung der Recyclingquote sowie verbindliche menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten beim Bezug aller Rohstoffe abzielt. Diese Ziele sollte sie auch auf EU-Ebene verstärkt einbringen.

Rüstungsexporte an Drittstaaten sind nur noch im Ausnahmefall und mit Begründung durch die Bundesregierung möglich. An Konfliktparteien oder deren Unterstützende wie auch Embargobrechende gibt es keine Ausfuhren mehr, de jure wie de facto nicht.

### ● **Für eine gerechte Finanzarchitektur und nachhaltige Finanzmärkte**

- **Schuldenerlasse für arme überschuldete Staaten**
- **Menschenrechtliche Sorgfaltspflichten für die Finanzwirtschaft**
- **Faire Besteuerung von Unternehmen**

Die Corona-Pandemie hat zu einer beispiellosen Rezession im Globalen Süden geführt. Durch das Wegbrechen externer Finanzmittel sind viele Länder in einer bedrohlichen Schieflage. Mehr und mehr Länder, die schon vor dem Ausbruch von Covid-19 hoch verschuldet waren, geraten weiter in die Schuldenfalle. Die neue Bundesregie-

rung sollte darauf hinwirken, dass betroffene Staaten möglichst rasch umfassende Schuldenerlasse unter Beteiligung privater wie öffentlicher Gläubiger/-innen erhalten.

Eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft muss Hand in Hand gehen mit mehr Nachhaltigkeit an den Finanzmärkten. Finanz- und Investitionskapital muss stärker als heute dort investiert werden, wo es nicht nur ökologisch nachhaltig, sondern auch sozial sinnvoll ist. Bislang sind Menschenrechte an den Finanzmärkten aber nur unzureichend berücksichtigt, insbesondere bei der Finanzierung von Risikobranchen wie dem Bergbau und der Textilindustrie. Die neue Bundesregierung sollte daher ihre Strategie für nachhaltige Finanzmärkte stärken. Ziel muss sein, verbindliche Nachhaltigkeitsstandards für alle Finanzmarktakteurinnen und -akteure und alle Finanzprodukte zu erreichen.

Zur Finanzierung der Folgekosten der Corona-Krise und zum Ausbau der Gesundheits- und Sozialsysteme bedürfen die öffentlichen Haushalte im Globalen Süden einer starken finanziellen Unterstützung. Entwicklungsländer sind aber weiter massiv von Steuervermeidung und -hinterziehung durch Unternehmen und reiche Individuen betroffen. Fehlen Steuereinnahmen, fehlt auch das notwendige Geld im Kampf gegen die Corona-Pandemie. Die neue Bundesregierung muss daher die Steuervermeidung multinationaler Konzerne gezielt bekämpfen, Geldwäsche beenden, Steueroasen schließen und die internationale Zusammenarbeit in der Steuerpolitik ausbauen. ●

#### **Hinweis:**

Sie finden zu den einzelnen Themen und Forderungen von MISEREOR zur Bundestagswahl 2021 ausführliche Hintergrundpapiere unter:

[www.misereor.de/wahl](http://www.misereor.de/wahl)

**Herausgeber**

Bischöfliches Hilfswerk  
MISEREOR e.V.  
2021

Mozartstraße 9  
52064 Aachen  
Telefon: 0241 442-0  
Telefax: 0241 442-188  
E-Mail: [postmaster@misereor.de](mailto:postmaster@misereor.de)  
Homepage: [www.misereor.de](http://www.misereor.de)

**Redaktion:**

Dr. Bernd Bornhorst,  
Leiter Abteilung Politik  
und Globale Zukunftsfragen

**Grafische Gestaltung:**

Anja Hammers

**Foto Titel:**

Klaus Mellenthin/MISEREOR

**Hinweis zum Urheberrecht:**

Für jegliche Weiterverwendung und  
Vervielfältigung ist die Zustimmung  
des Herausgebers einzuholen.

**MISEREOR**  
● IHR HILFSWERK